

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort zur Schriftenreihe	11
Vorwort	13
Abkürzungsverzeichnis	15
1. EINLEITUNG	17
1.1 Kanonenbootpolitik und Imperialismus	18
1.2 Forschungsstand und Fragestellung	23
2. KANONENBOOTPOLITIK IN CHINA IM 19. JAHRHUNDERT	39
2.1 Die Opiumkriege	39
2.1.1 Exkurs: Das Vertragssystem	53
2.2 Anfänge deutscher Kanonenbootpolitik in Ostasien	57
2.2.1 Die Eulenburg-Expedition	59
2.2.2 Die Einrichtung der ostasiatischen Station	63
2.3 Hankou und der Yangtse	68
3. KANONENBOOTPOLITIK IM BOXERAUFSTAND	85
3.1 Vom Scramble for China bis zum Boxeraufstand	85
3.2 Der Boxeraufstand und das Yangtsetal	103
4. „THE GERMAN WATCH ON THE YANGTZE“	133
4.1 Übergang zum Routinedienst	135
4.2 Die Yangtse-Patrouille: Organisation und Alltag	155
4.2.1 Institutionelle Struktur und Aufgaben der Kommandanten	155
4.2.2 Traum und Wirklichkeit: Die Attraktivität des Überseedienstes und der Alltag in Ostasien	159
5. KANONENBOOTE AUF DEM YANGTSEKIANG	181
5.1 Das „Projekt“ Yangtsekiang und das Flusskanonenboot VATERLAND	181
5.2 Die Stationen im Yangtsegebiet	188
5.2.1 Der „Mixed Court Riot“ in Shanghai	191
5.2.2 Die Stationärsfrage in Hankou	202
5.2.3 Changsha und der Süden	210
5.2.4 Der obere Yangtse	215
6. DIE „POYANG-FRAGE“ UND DIE INTERNATIONALE POLITIK IN CHINA	249
6.1 Recht oder Macht: China und die Poyang-Frage	249

6.2	Der Hintergrund der deutschen Kanonenbootpolitik: Internationale Beziehungen in China zwischen 1902 und 1911	266
7.	DIE CHINESISCHE REVOLUTION	279
7.1	Vorgeschichte der Xinhai-Revolution	279
7.2	Die Revolution von 1911	286
7.3	Die Republik China bis zur Zweiten Revolution 1913	301
8.	DAS ENDE DER DEUTSCHEN KANONENBOOTPOLITIK IN CHINA	319
8.1	Schlussoffensive: Projekte deutscher Kulturpolitik am Vorabend des Ersten Weltkriegs	317
8.2	Der Kriegsausbruch und seine Folgen	322
9.	SCHLUSSBETRACHTUNG	331
10.	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	343
10.1	Unveröffentlichte Quellen	343
10.2	Veröffentlichte Quellen	344
10.3	Memoiren und zeitgenössische Literatur	345
10.4	Literatur	353
	REGISTER	365

1. Einleitung

„Mitten auf der breiten Fläche des Jangtse dampften die beiden deutschen Kanonenboote heran, und nahmen [...] die Chinesenstadt unter ein sehr wirksames Feuer. Unter dem Eindruck der nahenden Hilfe machten jetzt alle Europäer aus dem Yamen einen Ausfall und es gelang ihnen, da die Chinesen in wilder Flucht davonjagten, die Gefangenen zu befreien. Ergreifende Szenen spielten sich dann am Uferkai ab, als eine kleine Abteilung deutscher Matrosen an Land stieg und in das Yamen einrückte.“¹

Diese Szenerie ist Fiktion. Aber die Faktoren dieser Szene waren sowohl dem Autor als auch seinen Lesern wohl bekannt. Als Ferdinand Grautoff „1906“ schrieb, lagen die blutigen Ereignisse um den so genannten Boxeraufstand noch nicht lange zurück, und die Anwesenheit deutscher Kanonenboote auf dem Yangtse wie auch in anderen chinesischen Gewässern war eine Selbstverständlichkeit. Mussten deutscher Handel und deutsches Leben in China nicht durch deutsche Waffen geschützt werden? Auf diese Frage konnte es im Zeitalter der Kanonenbootpolitik nur eine Antwort geben: Send a gunboat! Wird auch das 19. Jahrhundert oft als das klassische Jahrhundert der Kanonenbootpolitik bezeichnet, spielte gerade im ersten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts die Marine in der deutschen Chinapolitik eine bedeutende Rolle, und die Patrouillenfahrten der Kanonenboote auf dem Yangtse gehörten zu ihren wichtigsten Aktionsfeldern. China war vor dem Ersten Weltkrieg die bedeutendste deutsche Marinestation in Übersee, es war geradezu selbstverständlich, „dass unsere Hauptmacht an Kriegsschiffen in Ostasien, in den chinesischen Gewässern stationiert ist“.² Diese sollten für Deutschlands Geltung die Flagge zeigen, „denn in Übersee gilt, wie überall in der Welt, nur die reale Macht“.³ Der Schwerpunkt der deutschen Interessen in China wurde wiederum eindeutig im Gebiet des Yangtse gesehen, selbst das deutsche Schutzgebiet Kiautschou würde „niemals so werthvoll werden, wie das Yangtsethal es bereits heute ist“.⁴

Dennoch umschreibt „Terra incognita“ wohl am besten den heutigen Bekanntheitsgrad einer deutschen Yangtse-Patrouille vor dem Ersten Weltkrieg. Das gilt nicht nur für die allgemeine Öffentlichkeit, sondern bis auf wenige Ausnahmen genauso für Fachhistoriker.⁵ Der populäre Spielfilm „Kanonenboot auf dem Yangtsekiang“ (THE SAND PEBBLES, USA 1967, R.: Robert Wise)⁶ hat zwar Kanonenbootpolitik auf dem Yangtse auch in Deutschland bekannter gemacht, aber dass es auf dem Yangtse wie in ganz Ostasien auch deutsche Kanonenbootpolitik gegeben hat, wird nach wie vor selbst in Werken zur Geschichte der deutschen Chinapolitik wie auch in der modernen Marinegeschichtsschreibung bestenfalls am Rande erwähnt:

„World War I ended the German Navy's presence in China. German river gunboats never again probed China's interior. Today, few Germans, and even fewer people outside of Germany, know that the German gunboats ever existed in China.“⁷



Abbildung 1: Karte der deutschen Marinstationen des Admiralstabs von 1901
Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg/Br.

1.1 Kanonenbootpolitik und Imperialismus

Die Politik der großen Mächte in China ist bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ohne den Einsatz militärmaritimer Machtmittel nicht denkbar gewesen. Die Öffnung der Häfen in China im Zuge der Opiumkriege war direkt mit der Etablierung des Systems der Kanonenbootpolitik verbunden. Als der erste britische Abgesandte Anfang der 1860er Jahre das erste britische Konsulat in Hankou eröffnete, drängte er innerhalb kürzester Zeit auf die Stationierung eines Kanonenboots, und diese Politik sollte Bestand haben:⁸

„Die größeren ‚Treaty Powers‘ unterhielten bis in die 1930er Jahre Kanonenboot-Flotten in chinesischen Gewässern, deren Aufgabe unter anderem darin bestand, so oft wie möglich in so vielen Häfen wie möglich zu erscheinen und die Einheimischen einzuschüchtern.“⁹

Der Begriff der Kanonenbootpolitik wird bis heute auch in Deutschland von Historikern, Politikwissenschaftlern und Journalisten unentwegt verwendet. Jeder scheint zu wissen, was darunter zu verstehen ist. Um so mehr verwundert die fehlende Auseinandersetzung mit seiner Bedeutung auf populärer wie wissenschaftlicher Ebene. Der niederländische Historiker Anselm J. van der Peet wies noch 1999 auf die Schwierigkeiten mit diesem Begriff hin: „Obwohl der Begriff auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen häufig verwendet wird, lässt er sich schwer in eine klare Definition fassen.“¹⁰ Besonders auffällig ist die fast vollständige Abwesenheit des Begriffs in deut-

2. Kanonenbootpolitik in China im 19. Jahrhundert

2.1 Die Opiumkriege

Mit dem ersten Opiumkrieg 1839-42 setzte ein Jahrhundert der Kanonenbootdiplomatie in den Beziehungen zwischen dem Westen und China ein. Aus westlicher Sicht begann nach dem militärischen Erfolg eine völlig neue Ära mit dem Abschluss des Vertrages von Nanjing 1842:

„For centuries our intercourse with China has been purely commercial. It has been left to the year 1840 to open that new era, which should bring this mighty oriental nation into angry collision with the inhabitants of the western world, to whom they had been known previously only as semi-barbarians, supplying us, in exchange for our manufactures, with that fragrant herb, become now among us almost a necessary of life ...“¹

J. Elliott Bingham² konstatierte mit Befriedigung das Ende des dunklen Zeitalters, in dem China sich als Zentrum der Welt und als einzige zivilisierte Nation betrachtet habe und aus dem es jetzt durch die Öffnung für den Handel „to a state of real civilization“ geführt werde.³ Die Schwierigkeiten der Vergangenheit resultierten nur aus der eigenen Nachgiebigkeit, den Chinesen sei nur durch Gewalt beizukommen: „[...] the force of our arguments must soon bring them to Chin-chin us plenty much“.⁴ Diese letzte Bemerkung verdeutlicht, dass aus britischer Sicht die Anwesenheit von Kriegsschiffen wie ihr eventueller Einsatz in den Beziehungen zu China fortan zu den „normalen“ Mitteln gezählt wurde. Wie war es dazu gekommen?

Mit der Macartney-Expedition 1794/95 und der Amherst-Expedition 1816 hatte Großbritannien vergeblich versucht, diplomatische Verbindungen zu China anzuknüpfen. Die Expeditionen standen als erster wichtiger – und folgenloser – Kontakt auf höchster Ebene noch nicht im Zeichen der Kanonenbootpolitik. Die subtilen Hinweise auf die eigene militärische Macht – beispielsweise ein Schiffsmodell mit 100 großkalibrigen Kanonen als Geschenk für den Qianlong-Kaiser – dienten ausschließlich dazu, einen symbolischen Eindruck von der Macht des Empire zu geben und der britischen Krone in den Augen des chinesischen Hofes eine ebenbürtige Stellung zu verschaffen.⁵ Es dauerte bis in die 1830er Jahre, bis neben der Bereitstellung der nötigen Machtmittel auch die Bereitschaft trat, das Reich der Mitte notfalls mit Gewalt in das westliche Handelsnetz zu integrieren.

Fast genau hundert Jahre vor dem ersten Opiumkrieg hatte es bereits einen Vorfall gegeben, der im Rückblick als erster Vorbote erfolgreicher Kanonenbootpolitik in China gesehen wurde: 1742 lief der zum Angriff auf spanische Besitzungen in Südamerika und Asien entsandte Kommodore der Royal Navy, George Anson, mit der CENTURION Kanton an, um sein schwer beschädigtes Flaggschiff auszubessern und frische Vorräte an Bord zu nehmen.⁶ Entgegen seinen Erwartungen schienen ihm die chinesischen Offiziellen eine bürokratische Hürde nach der anderen in den Weg zu le-

gen, weigerten sich, ihn zu empfangen oder seine Eingaben in Empfang zu nehmen, verkauften ihm – nach seiner Ansicht – schlechten Proviant zu überteuerten Preisen und ließen keine Reparaturen vornehmen.⁷ Anson drohte schließlich damit, alle erreichbaren chinesischen Schiffe zu zerstören, und die Beamten gaben nach. Sie hatten damit sicherlich nicht unklug gehandelt, aber aus der Perspektive des 19. Jahrhunderts hatte China damit zum ersten Mal seine Unterwerfung unter die Macht der Kanonen gezeigt.⁸ Ansons Biograph John Barrow schrieb nicht zufällig gerade 1838, dass Ansons Vorgehen den wahren Charakter der Chinesen bloßgelegt und gleichzeitig das Rezept geliefert habe, wie mit ihnen umzugehen sei:

„By the novelty of a British ship of war, by the firmness of her captain, by a judicious display of her power, mixed occasionally with a few threats of the probable necessity of having recourse to the use of it, and moreover by an early insight into the real character of the people, Anson succeeded ...“⁹

Anson hatte letztendlich nur aus der Not gehandelt, im Rückblick wurde aus seinem Vorgehen ein Musterfall für die Anwendung von Kanonenbootpolitik. Zusammen mit den stark gewandelten Vorstellungen Europas von China, in denen im Verlauf des 18. Jahrhunderts aus dem vorbildhaften, stabilen Beamtenstaat die schwächliche und im Verfall begriffene Karikatur eines Staatswesens geworden war, schien 1839 die Zeit zum Handeln gekommen, nachdem – zumindest aus britischer Sicht – eine gütliche Einigung nicht zu erwarten war.

Bis zum ersten Opiumkrieg war das Verhältnis ausschließlich vom Handel im Rahmen des Kanton-Systems geprägt worden. Das Kanton-System beschränkte den Warenaustausch in Kanton auf eine kleine Gruppe von Monopolkaufleuten, den Cohong (gonghang), denen es als einzigen Chinesen erlaubt war, mit den Fremden Handel zu treiben.¹⁰ Handelspartner auf westlicher Seite war die britische East India Company (EIC), die bis 1834 gleichfalls über ein staatlich sanktioniertes Handelsmonopol verfügte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs auf britischer Seite das Interesse an chinesischen Waren, besonders an Tee und Seide, und mit dem indischen Opium hatte die EIC eine mehr als vorteilhafte Handelsware gefunden, um bei dem geringen Interesse der Chinesen an anderen Gütern ihr vormaliges Handelsdefizit mehr als auszugleichen. Das Opium musste den Dreieckshandel zwischen London, Indien und Kanton im Gleichgewicht halten: Britische Waren, v. a. Wollstoffe und Maschinen, gingen nach Indien, indisches Opium nach China und chinesischer Tee zurück nach London.¹¹ Für China ergaben sich aber gerade aus diesem Geschäft zwei Probleme: ein zunehmender Silberabfluss für China und die rapide Zunahme der Opiumsucht. Mit dem Wegfall des Handelsmonopols der EIC verschärften sich die Spannungen. Die nunmehr auf eigene Rechnung Handel treibenden Kauffahrer traten zunehmend aggressiv auf und verlangten nach besseren Handelsbedingungen, die den Standards westlicher Freihandelsideologie entsprachen. Die Entsendung eines Superintendenten für den Kantoner Handel stellte außerdem die Frage nach der Stellung dieses offiziellen britischen Vertreters, der nicht mehr bereit war, sich als Kaufmann behandeln zu lassen, sondern verlangte, auf einer Stufe mit den chinesischen Offiziellen zu verkehren. Als die chinesische Regierung 1839 beschloss, nach mehreren vergeblichen Appel-

3. Kanonenbootpolitik im Boxeraufstand

3.1 Vom Scramble for China bis zum Boxeraufstand

Die fünf Jahre zwischen dem chinesisch-japanischen Krieg und dem Boxeraufstand waren eine Zeit des Umbruchs in den Beziehungen zwischen China und dem Westen. Nach dem Sieg Japans fehlten China die Machtmittel, um weiterhin erfolgreich die defensive Politik fortsetzen zu können, die seit 1860 Grundlage der Phase der Kooperation mit dem Westen gewesen war. Chinas Programme zur Selbststärkung waren fehlgeschlagen, und die offenkundige Schwäche führte für die Mächte zu einer Situation, in der sich mit vergleichsweise geringem Aufwand weitreichende Ziele durchsetzen ließen.¹

Besonders für Großbritannien ging mit der Niederlage Chinas eine Ära zu Ende. Die Vertretung einer Freihandelspolitik, die jeder Nation theoretisch gleichberechtigten Zugang ermöglichte, war das Grundprinzip der britischen Chinapolitik gewesen, solange es selbst eine herausragende Stellung sicher hatte. Durch die Machtkonstellation, die nach dem chinesisch-japanischen Krieg durch die Tripelintervention Frankreichs, Russlands und Deutschlands entstand, erschien diese Stellung gefährdet, und die vormalige *splendid isolation* drohte in Ostasien zu einer Gefahr zu werden. Der Journalist und Afrikaforscher Henry Morton Stanley sah die Transsibirische Eisenbahn schon über den Yangtse bis vor die Tore Hongkongs verlängert und China als Teil des russischen Reiches, wenn Großbritannien seine Isolation nicht überwinde.² Unter diesen Vorzeichen lautete die neue Zielsetzung der Regierung Salisbury nach 1895 „to defend in an age of competition that which Great Britain has obtained in an age of monopoly.“³

Für Deutschland trafen die Veränderungen in China auf eine Außenpolitik, die sich seit 1890 im Zeichen des „neuen Kurses“ grundlegend zu wandeln begonnen hatte und bereit war, nun auch offensiv einen deutschen Weltmachtstatus auf internationaler Bühne umzusetzen. China, „das allein mit seinem Yangtze-Gebiet mehr zu bieten schien als ganz Japan“, wurde in den folgenden Jahren das Feld der deutschen Weltpolitik *par excellence*.⁴ Deutsche Wirtschaftskreise in Ostasien – angesichts der hohen Erwartungen von der Entwicklung des Chinageschäfts eher enttäuscht – waren zunehmend bereit, die Maxime *trade follows flag*, also die Umkehrung des Bismarckschen Prinzips der deutschen Politik in Übersee, zu akzeptieren.⁵ Damit wurde die aufstrebende Marine nicht zuletzt aufgrund der zögerlichen Haltung des Auswärtigen Amtes zunehmend zur treibenden Kraft der deutschen Politik in Ostasien. Insgesamt waren Weltpolitik, der „neue Kurs“ unter Wilhelm II. nach der Entlassung Bismarcks und der Aufstieg der Kaiserlichen Marine eng verknüpft. Die Marine konnte sich als Manifestation des wilhelminischen Reiches fühlen und erhielt als Mittel und Repräsentant deutschen Geltungsdrangs ihre Daseinsberechtigung.⁶



Abbildung 10: Werbung für die Auslandstätigkeit der deutschen Marine auf einer Postkarte um 1900
Privatbesitz

Die Konzessionen für die Beteiligung am Einspruch von Shimonoseki erschienen aus deutscher Sicht als unzureichend. Während Russland durch die Erlaubnis zum Bau der Transsibirischen Eisenbahn durch die Mandschurei und Frankreich durch Eisenbahn- und Bergbaukonzessionen in Südchina konkrete Vorteile aus der Intervention zogen, schien Deutschland mit weitgehend leeren Händen dazustehen.⁷ Wilhelm II. hatte bereits 1894 betont, dass Deutschland „unter keinen Umständen zu kurz kommen“ dürfe, wenn andere Mächte den Krieg zwischen China und Japan für Gebiets-erwerbungen nutzten.⁸ Diese Überlegungen nahmen nun Gestalt an: Bereits im November 1894 schlug der deutsche Gesandte in Peking, Gustolf Schenk zu Schweinsberg, erstmals die Erwerbung der Bucht von Kiautschou vor, allerdings noch unter der Voraussetzung, dass es „zu territorialen Erwerbungen anderer Großmächte auf Kosten Chinas“ komme.⁹ Eine mögliche Erwerbung wurde zunächst informell zwischen Kaiser Wilhelm II., Reichskanzler Hohenlohe, der Marineleitung und dem Auswärtigen Amt erörtert. Kaiser und Reichskanzler waren sich einig, dass in jedem Fall ein Stützpunkt als Kompensation von China gefordert werden sollte.¹⁰ Wilhelm II. war der Ansicht, dass notfalls durch schnelles Handeln vollendete Tatsachen zu schaffen seien.¹¹ Diese unkomplizierte Sichtweise hatte große Ähnlichkeit mit den Konzepten der ersten Stützpunktdebatte vor der Reichseinigung, mit dem Unterschied, dass eine handstreichartige Besetzung durch die veränderte politische Lage und die deutsche

4. „The German Watch on the Yangtze“

Nach der Niederschlagung der Yihetuan-Bewegung beruhigte sich die Lage, aber bald zeigte sich, dass die Yihetuan zu den letzten großen Aufstandsbewegungen des alten China gehörte, während das Unruhepotential der folgenden Jahre bis zur chinesischen Revolution eine neue Qualität annahm. Dies deutete sich bereits in den 1890er Jahren an, als nach der Niederlage gegen Japan und dem offenkundigen Scheitern moderater Reformen zahlreiche Gruppierungen entstanden, die nach Veränderungen verlangten. Die Reformen Kang Youweis waren die erste, noch vergleichsweise moderate Antwort auf die Probleme Chinas gewesen. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entstanden neue Bewegungen, die nach Lösungen suchten, die nicht mehr im Rahmen des alten Systems und der Qing-Dynastie gedacht wurden. Kangs Reformprogramm zielte bei aller scheinbaren Radikalität noch immer auf eine Rettung der Dynastie, aber die Reformen, die dann im Jahrzehnt nach dem Boxeraufstand tatsächlich in Angriff genommen wurden, gingen den Reformern und Revolutionären der „zweiten Generation“ bereits nicht mehr weit genug. Die Ausländer in China wurden zunehmend mit den anfangs noch recht vereinzelt Gruppen politischer Reformen oder Revolutionäre konfrontiert, und es fiel den diplomatischen wie den militärischen Vertretern zunächst schwer, ihren Charakter, ihre Zielsetzungen oder ihre Reichweite einzuschätzen. Unruhen hatten jetzt neben den auch früher vorhandenen wirtschaftlichen oder sozialen Ursachen (wie Krisen, Hungersnöte oder Überschwemmungen und ihre Folgen) zunehmend eine politische Komponente. Zu den wichtigsten Gebieten, in denen diese Veränderungen spürbar wurden, gehörte neben dem chinesischen Süden das Yangtsegebiet, wo schließlich auch 1911 die chinesische Revolution ausbrach. Die Auseinandersetzung mit Unruhen an einzelnen Orten, wie auch einer wachsenden Unsicherheit unter den ausländischen Residenten, nahm in den folgenden Jahren eine wichtige Rolle in der Dienstroutine und somit in den Berichten der deutschen Kanonenboote auf dem Yangtse ein.

Am Yangtse hätte ausgerechnet ein Aufstandsversuch einer Gruppe um Kang Youwei unter günstigeren Umständen zu den einzigen tatsächlichen Unruhen im Yangtsetal im Verlauf des Jahres 1900 führen können.¹ Geplant war eine Reihe koordinierter Aufstände in Hankou und der Provinz Anhui.² Wie so viele dieser Aufstandsversuche vor der eigentlichen Revolution war auch diese Aktion von vornherein aussichtslos und scheiterte kläglich an organisatorischen Mängeln: Die dringend benötigten Nachschubmaterialien und Gelder kamen nie an, und nachdem die Kontingente in Anhui ohne Anweisung vorzeitig losgeschlagen hatten, wurde die gesamte Verschwörung aufgedeckt. In Hankou wurden 30 Anführer des Aufstands verhaftet, ohne dass ein einziger Schuss abgegeben worden war.³ Die westlichen Konsuln haben von der Verhaftung offensichtlich wenig mitbekommen, in den deutschen Berichten finden sich keine Hinweise darauf. Vermutlich haben die Generalgouverneure in diesem Fall auch darauf geachtet, dass zumindest unmittelbar möglichst wenig bekannt wurde, um das Abkommen mit den westlichen Mächten nicht zu gefährden.

Wenn Gerüchte über den Aufstandsversuch bekannt geworden wären, hätte es sich auf jeden Fall in den Berichten niedergeschlagen, denn selbst kleinste Zwischenfälle, die Einfluss auf Chinas innenpolitische Lage und die Sicherheit der Vertragshäfen oder Missionen haben konnten, wurden aufmerksam registriert. So berichtete der deutsche Konsul in Nanjing, von Oertzen, im Mai 1901, er habe über Konsulatsangestellte, Dienstboten und Missionare gehört, dass in der Stadt der Glaube herrsche, dass es bald einen „Putsch revolutionärer Elemente unter Führung der sogenannten Billet- und Brüdergesellschaft (Piao hui und Ke lao hu [sic])“ geben solle.⁴ Die Gesellschaften wollten nach Meinung des britischen Konsuls das Volk mit Hinweis auf die hohe Kriegskostenentschädigung nach dem Boxerprotokoll gegen die Regierung aufwiegeln. Nach Auskunft des Daotai⁵ Wang nehme Liu Kunyi die Bewegung sehr ernst und treffe Vorbereitungen, beispielsweise seien bereits Gast- und Opiumhäuser durchsucht worden. Oertzen ließ sich nicht von Gerüchten beeindrucken:

„Ausser diesen mir zugetragenen Nachrichten habe ich aber selbst nicht das geringste Zeichen von bevorstehenden Unruhen hier wahrnehmen können. Die Leute in und um Nanking sind freundlich und zuvorkommend und scheinen auch höchst zufrieden mit ihrem Loose. Ich kann mich daher des Argwohns nicht erwehren, dass mit dem Geruechte von bevorstehenden Unruhen lediglich eine Farce betrieben wird. Den Grund fuer eine solche ahne ich jedoch nicht.“

Die Gerüchte hatten ihre Wurzeln sicher in den tatsächlichen Aktivitäten kleinerer Gesellschaften wie der Gelaohui (Gesellschaft der älteren Brüder).⁶ Die Quellen von Oertzens Informationen deuten darauf hin, dass diese Bewegungen jenseits von ihren eigentlichen Betätigungsfeldern eine Vielzahl an Gerüchten und unsicheren, aber lebhaft zirkulierenden Informationen zur Folge hatten. Die Aussage des Daotai ist wiederum kennzeichnend für das Interesse der chinesischen Verwaltung, eventuelle Bedenken mit dem Hinweis auf die Aktivitäten der Behörden zu beruhigen.

Die Gerüchte und andere Anzeichen für eventuelle Unruhen veranlassten auch den Kommandanten der vor Nanjing liegenden S.M.S. WÖRTH, Kapitän zur See Borckenhagen⁷, zu eigenen Untersuchungen. Ein Anlass war die neue Maßnahme auf Befehl Liu Kunyis, die Stadttore künftig bereits um 9 Uhr abends zu schließen, da sich in der Umgebung Nanjings „Banden von Räubern und Dieben herumtreiben“.⁸ Dies sei aber nach Auskunft der chinesischen Behörden nichts Außergewöhnliches. Borckenhagen kam zu ähnlichen Ergebnissen wie von Oertzen:

„In den Jangtseprovinzen sollen sich mehrere Gesellschaften, nämlich die Ko lau hui (Billetgesellschaft) die Piao hui (Brüdergesellschaft)⁹ und die Leute, die Salz und Getreide für die Regierung nach Peking schaffen, vereinigt haben, um unter Hinweis auf die von den Fremden verlangte unerschwingliche Kriegsentschädigung Unruhen zu stiften.“¹⁰

Nach Auskunft des britischen Konsuls glaube man in Nanjing an den baldigen Ausbruch der Unruhen, und auch Borckenhagen hatte gehört, dass der Generalgouverneur die Angelegenheit ernst nehme und Maßnahmen ergriffen habe. Angeblich sollten viele Soldaten diesen Gesellschaften angehören, die deshalb bei Unruhen nicht eingreifen würden. Insgesamt sah aber Borckenhagen ähnlich wie von Oertzen die Lage nicht als bedrohlich an: Zwar war dem britischen Konsul vor wenigen Tagen ein

5. Kanonenboote auf dem Yangtsekiang

5.1 Das „Projekt“ Yangtsekiang und das Flusskanonenboot VATERLAND

Der Yangtse blieb bis 1914 für die deutschen Kaufleute das herausragendste Interessengebiet in China, selbst das Schutzgebiet Kiautschou spielte bei den wirtschaftlichen Überlegungen allenfalls eine Nebenrolle. Für die Entwicklung dieser Interessen sah eine „Yangtselobby“ jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit staatlicher Unterstützung, nicht zuletzt durch die Anwesenheit deutscher Kanonenboote. Auch liberale Gruppierungen, vor allem Wirtschaftskreise in Ostasien, akzeptierten zunehmend die Maxime „Trade follows Flag“, in erster Linie zum Schutz gegen die Konkurrenz der anderen Großmächte.¹ Staatliche Machtpolitik sollte dabei die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sichern:

„Durch eine asiatische Besatzungsbrigade und ein starkes Kreuzergeschwader bekundet das Reich fortgesetzt seinen Willen, in China ein Machtfaktor zu bleiben, mit dem gerechnet werden muss.“²

Im September 1905 wurde im *Ostasiatischen Lloyd*, dem wichtigsten deutschsprachigen Presseorgan in China, ein Artikel nachgedruckt, der geradezu programmatischen Charakter hatte.³ Der anonym verfasste Beitrag enthielt Schlüsselargumente zur Forderung nach Verstärkung des deutschen Engagements im Yangtse-Raum. Er umriss das Thema zunächst allgemein, historisch und ökonomisch, und ging in einem zweiten Teil stärker auf einzelne Gegenden, ihre geographischen Eigenschaften und Handelsgüter ein.

„Der Yangtse ist die Lebensader Chinas“, Großbritannien sei hier bereits alt eingesessen und die größte Macht, werde aber vom jüngeren und elastischeren Deutschland zunehmend bedrängt. Japan als dritter Rivale werde trotz seiner Gefährlichkeit bisher kaum beachtet. Großbritannien sei seit dem zweiten Opiumkrieg und der Öffnung Hankous am Yangtse aktiv. Deutschland sei erst nachgerückt, habe aber spätestens seit der subventionierten Gründung der Deutsch-Asiatischen Bank Fuß gefasst und es bis 1905 zumindest hier zu einem der wichtigsten Handelsfaktoren gebracht.⁴ Das Rückgrat der deutschen Interessen im Yangtsetal bildeten die Kaufleute, „durch deren Hände ein großer Teil des internationalen Yangtse-Handels geht.“⁵ Der Wille des Deutschen Reiches, sich in der eigenen Position nicht bedrängen zu lassen, sei durch Kiautschou als Flottenstützpunkt und das Kreuzergeschwader bezeugt:

„Hier kommt Deutschland endlich nicht zu spät, hier ist die Welt noch nicht verteilt. Der Handel folgt der Flagge, heisst es hier.“

Eine Aufrechterhaltung des deutschen Engagements war dem Autor zufolge unbedingt nötig:

„Der grösste Erfolg ist schließlich doch immer auf der Seite gewesen, wo die größeren Kanonen waren. Von einem bestimmten Augenblicke an muss die Flagge vorangehen. Erst

der Druck der Machtmittel lässt nach und nach die Schranken fallen, die dem vorwärts-dringenden Kauf- und Finanzmann im Innern sich in den Weg stellen.“⁶

Dies sei umso wichtiger, da der Reichtum des Yangtseraums seinesgleichen suche. Der Handel nähme insgesamt ständig zu:

„Für Deutschland bestehen die günstigsten Aussichten unzweifelhaft in und um Hankou. Ueber drei Viertel der Ausfuhr (ausschließlich Tee) sind hier in deutschen Händen. Das Deutschtum überhaupt blüht und gedeiht dort. Dort ist es rechtzeitig auf dem Plane erschienen. Mit Stolz kann es schon heute auf schöne Erfolge zurücksehen.

Die zunehmende Wichtigkeit der Handelsbeziehungen im Yangtsetal wird von den Reichsbehörden draussen und daheim voll anerkannt. Die Flagge geht wirklich voran, wo es nötig und dabei möglich ist. Die Schiffe des Kreuzergeschwaders, vor Allem [sic] die deutschen Flußkanonenboote im oberen Yangtsegebiet, sind wertvolle Werkzeuge dafür.“⁷

Nachdem die deutschen Eliten sich im Vordringen zur „Weltpolitik“ konstant zurückgesetzt fühlten, war diese Einschätzung des Yangtse-Raums als Deutschlands „Platz an der Sonne“ wohl einmalig.⁸ Auch wenn der Autor diese sehr weitgehende Einschätzung verwendete, um die Bedeutung dieses Gebietes für den deutschen Chinahandel im Zusammenhang mit der Präsenz des Kreuzergeschwaders zu unterstreichen, ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Ansicht von dem Gros der Deutschen in China vorbehaltlos geteilt wurde.

Seit der Offensive der deutschen Chinapolitik mit dem Einspruch von Shimonoseki und der Erwerbung Kiaotschous wurde die Entwicklung der deutschen Interessen seitens der Deutschen in China eng mit staatlichem Engagement und besonders der Präsenz von Kriegsschiffen verknüpft. Der *Hamburgische Correspondent* berichtete noch im Juni 1900 über die Eröffnung der deutschen Schifffahrt auf dem Yangtse durch Dampfer der Firmen Melchers & Co. und Rickmers⁹ und sah die Zeit nicht mehr fern, „wo die deutsche Flagge dauernd auf dem gewaltigsten der Ströme des chinesischen Reiches wehen wird, soweit dieser überhaupt fahrbar ist“.¹⁰ Jetzt sei es dringend geboten, dass „die deutsche Kriegsflotte auch auf diesen Straßen der Handelsflagge folgt“. Leider seien dafür keine geeigneten Schiffe vorhanden; die modernen Kanonenboote der ILTIS-Klasse, „so trefflich sie sind“, kämen für Einsätze auf dem Yangtse nur bis Hankou in Frage. Man sei für den Schutz des deutschen Handels ganz auf den guten Willen Großbritanniens angewiesen, das bereits geeignete Schiffe baue. Wegen der wachsenden Gefahren, wie der „Begehrlichkeit der Flußpiraten“, brauche auch die deutsche Marine derartige Schiffe „bitter nötig“:

„Für die ganze Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt in den weiten, reichen Gebieten der Provinzen Hupeh, Szechuan und Yunnan, die heute noch fast vollständig dem Außenhandel verschlossen sind, ist der Schutz des Reiches dringend geboten. Das erste Mittel, ihn auszuüben, sind Flußkanonenboote [Hervorhebung durch den Autor].“¹¹

Der Schutz der deutschen Interessen am Yangtse sollte zusätzlich durch den Ausbau des Konsulatswesens begleitet werden. Die Errichtung deutscher Konsulate auf den „vorgeschobenen Wachtposten“ wie Yichang und Chongqing sollte „sofort erfolgen“. Für diese Posten seien juristisch ausgebildete Beamte kaum geeignet, hier brauche

6. Die „Poyang-Frage“ und die internationale Politik in China

6.1 Recht oder Macht: China und die Poyang-Frage

Nachdem die chinesische Position gegenüber den westlichen Mächten in der Folge der Niederschlagung des Boxeraufstandes und vor allem der immensen finanziellen Belastungen, die sich aus dem Boxerprotokoll ergaben, einen Tiefpunkt erreicht hatte, bemühten sich die chinesischen Behörden in den folgenden Jahren, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und die Vorrechte der ausländischen Mächte und ihrer Vertreter einzuschränken.¹ In diesen Bemühungen spielte ironischerweise das erst durch ausländischen Druck infolge des Boxerprotokolls geschaffene chinesische Auswärtige Amt, das Waiwubu, eine zentrale Rolle. Diese Bestrebungen zur Bewahrung bzw. Wiedergewinnung eines gewissen Maßes nationaler Souveränität sind auch vor dem Hintergrund ihrer innenpolitischen Probleme zu sehen: Die Ablehnung des aggressiven Vorgehens der westlichen Mächte, die sich im Boxeraufstand entladen hatte, war schließlich nicht nur die Angelegenheit einer isolierten Sekte gewesen, sondern verstärkte sich in den folgenden Jahren eher noch und kam neben Ausschreitungen in verschiedenen Orten auch durch organisierte Aktionen wie den Boykott US-amerikanischer Waren 1905 zum Ausdruck. Das Vorgehen der staatlichen Organe richtete sich neben einer verbesserten Stellung in der Außenpolitik also durchaus auf die eigene Bevölkerung und sollte nach der herben Niederlage im Sommer 1900 und dem daraus folgenden Prestigeverlust der Qing indirekt ein ganz anderes Ziel verfolgen: die Sicherung der Dynastie.

Die westlichen Mächte ließen sich umgekehrt nur zögerlich zu Änderungen des Status quo bewegen: In den Verträgen zwischen China und Großbritannien von 1902 sowie mit den USA und Japan 1903 wurde zwar die Abschaffung von Vorrechten ins Auge gefasst, die Absicht aber daran geknüpft, dass man erst überzeugt sein müsse, dass China eine entsprechende Gesetzgebung habe und diese auch garantieren könne – und damit alle Rückzugsmöglichkeiten offen gelassen.² Einen Schwerpunkt der chinesischen Politik gegenüber der westlichen Präsenz bildete in den folgenden Jahren die Bewegungsfreiheit der fremden Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern, wo die Wahrscheinlichkeit konkreter Erfolge größer erschien. Die chinesischen Behörden protestierten unter Berufung auf die geltende Rechtslage gegen das Befahren der Nebengewässer des Yangtse, besonders des Poyang- und des Dongting-Sees, durch fremde Kriegsschiffe. Laut geltender Verträge war das Befahren der Seen und Flüsse Chinas, an denen keine geöffneten Häfen lagen, nur im Falle der Verfolgung von Piraten, des Schutzes eigener Landsleute oder einer Notlage des betreffenden Schiffes vorgesehen. Trotzdem stellten sich die westlichen Konsuln auf den Standpunkt, dass es den Schiffen ihrer Nationen selbstverständlich offenstände, alle chinesischen Gewässer zu besuchen. Die Bedeutung der Poyang-Frage zeigt sich alleine dadurch, dass die deutsche Gesandtschaft in Peking über den Vorgang eine eigene Akte anlegte.³ Die

strittigen Punkte wurden bis zum Kriegsausbruch 1914 nicht beigelegt. Die Poyang-Frage ist ein charakteristisches Beispiel für die Politik der imperialistischen Mächte in China, auch wenn es sich offiziell lediglich um einen Rechtsstreit handelt: Es ging hier merklich um die Machtfrage. Exemplarisch verdeutlicht dieses Kapitel der Beziehungen zwischen China und dem Westen den Widerspruch zwischen der offiziellen Position Chinas als souveränem Staat und der realen Einbeziehung des Landes in das westliche Weltsystem.

Die Querelen um das Befahren der chinesischen Binnengewässer, die chinesische Behörden, ausländische Konsuln und Kanonenbootskommandanten, ja selbst den deutschen Kaiser über ein Jahrzehnt beschäftigen sollten, kündigten sich vergleichsweise harmlos an: Das deutsche Generalkonsulat in Shanghai teilte dem Chef des Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral Geißler, im November 1902 mit, dass der Gouverneur von Jiangxi es einem Erlass des Handelssuperintendenten der südlichen Häfen zufolge anlässlich des wiederholten Erscheinens fremder Kriegsschiffe auf dem Poyang-See für wünschenswert halte, „zur Verhütung von Beunruhigung der die Ufer des Sees bewohnenden Bevölkerung und daraus eventuell entstehenden misslichen Folgen – wie Angriffe auf Matrosen“ – solche Besuche fortan zu vermeiden. Falls ein Besuch doch erforderlich sei, solle dieser durch die Konsularbehörden am besten zehn Tage im voraus angemeldet werden. Gleichzeitig wurden die Konsuln der Vertragsmächte gebeten, die Schiffskommandanten darüber in Kenntnis zu setzen.⁴ Auch wenn sich keine direkten schriftlichen Reaktionen finden lassen, deuten spätere Bemerkungen darauf hin, dass die deutschen Konsulate auf die Bitte eingingen und Besuche deutscher Kriegsschiffe fortan vorher den chinesischen Behörden meldeten. Dass die Angelegenheit damit nicht beigelegt war, zeigte sich spätestens 1904, als der Hankouer Daotai, Liang Dunyan, nach der Mitteilung der beabsichtigten Verteilung der deutschen Kanonenboote im Yangtsegebiet nicht nur gegen das Befahren des Xiang- und Yuan-Flusses in Hunan, sondern auch auf dem Poyang-See und dem Gan-Fluss sowie gegen Schießübungen auf dem Dongting-See Einspruch erhob.⁵ Der Konsul in Hankou, Löhneysen, teilte den Protest der Gesandtschaft in Peking mit und bat um weitere Anweisungen. In der beigelegten Übersetzung des chinesischen Schreibens hieß es im einzelnen:

„dass nach den internationalen Verträgen Kriegsschiffe nur in den zu Handelszwecken geöffneten Vertragshäfen ankern könnten, nicht aber die Flussläufe im Innern auf- und abfahren und Übungen veranstalten dürften. Wenn die deutschen Flusskanonenboote ‚Vaterland‘ und ‚Vorwärts‘ nach Ichang und Hankau, Plätze, die beide Vertragshäfen sind, gehen wollen, so sei das statthaft; der Siang- und Yüan-Fluss in Hunan sowie Poyangsee und Kan-Fluss in Kiangsi jedoch seien alle im ‚Innern‘, nach den Vertragsbestimmungen dürften sie daher Kriegsschiffe nicht befahren.“

Außerdem sei die Bevölkerung in den betreffenden Gegenden unbeständig und unzuverlässig, „es seien Menschen, die wenig gesehen hätten und über alles in Verwunderung gerieten“. Namentlich Schieß- und Exerzierübungen auf dem Dongting-See könnten deshalb die anwohnende Bevölkerung in Schrecken versetzen und Unruhen hervorrufen. Von einer Anmeldefrist war nun nicht mehr die Rede: Der Daotai war aufgrund dieser Erwägungen nicht bereit, das Befahren der Gewässer zu gestat-

7. Die chinesische Revolution

Die chinesische Revolution wird besonders in der chinesischen Geschichtsschreibung bis heute als eine der wichtigsten Zäsuren der chinesischen Geschichte der Neuzeit angesehen. Analog zur traditionellen Dynastiegeschichtsschreibung orientieren sich viele Werke am Ende der Qing-Dynastie bzw. setzen mit ihrer Untersuchung mit dem Beginn der chinesischen Republik ein.¹ Tatsächlich bedeutete die Xinhai-Revolution² massive Umwälzungen und stürzte China in eine Folge von Bürgerkriegen, die erst mit dem Sieg der kommunistischen Armeen 1949 ihr Ende fanden. Bei näherer Betrachtung relativiert sich allerdings die Bedeutung der Ereignisse im Herbst des Jahres 1911. Die Revolution hat ihre Vorgeschichte, deren Beginn in den meisten Untersuchungen in den 1890er Jahren angesetzt wird.³ Die aussenpolitischen Katastrophen, die Niederlage gegen Japan wie gegen die internationale Interventionsarmee im Boxeraufstand, trugen sicherlich zur Verstärkung der inneren Krisen bei und stärkten radikale Gruppierungen, die auf Veränderungen drängten. Eine weitere wichtige Rolle spielten die Reformen der Qing, die durch eine Stärkung der provinziellen Eigenverwaltung die Autorität der Zentralgewalt schwächten⁴ und gleichzeitig mit dem gezielten Aufbau eines modernen Militärapparats den Machtfaktor schufen, der 1911 der Dynastie ihr Ende bereiten sollte.⁵ Douglas R. Reynolds hat in einer Untersuchung sogar durchaus überzeugend die provokante These aufgestellt, dass die eigentliche Revolution bereits das Reformprogramm selbst war, das die Republik nur noch übernahm.⁶ Das Ereignis der Revolution war letztendlich wenig mehr als eine Militärrevolte und die Errichtung der Republik eher „das Ergebnis eines Zufalls als zielgerichteter Anstrengungen“.⁷

7.1 Vorgeschichte der Xinhai-Revolution

Den eifrigen Bemühungen der kleinen Gruppen um den später zur revolutionären Ikone erklärten Sun Yatsen⁸ wurde besonders in der frühen Revolutionsgeschichtsschreibung eine herausragende Rolle zugemessen. Die neuere Forschung hat sich verstärkt auf die beteiligten Eliten bzw. auf soziologische Erklärungsversuche konzentriert.⁹ Es ist allerdings fraglich, welche Bedeutung Organisationen wie Suns *Tongmenhui* tatsächlich für den Sturz der Qing-Dynastie hatten¹⁰ – an dem Ausbruch der Revolution 1911 hatten sie allenfalls geringen Anteil. Ähnliche Einschränkungen gelten allerdings für jeden Ansatz, der die mannigfaltigen Faktoren, die bei der Revolution und ihrer Entstehung eine Rolle spielten, zu vereinfachen sucht. Eine ganze Reihe von Faktoren spielten 1911 eine Rolle, dazu gehörten wirtschaftliche Probleme, Naturkatastrophen, allgemeine Unzufriedenheit mit dem Reformprogramm der Qing genauso wie Budgetkürzungen oder Probleme mit der Nationalisierung der Eisenbahnlinsen.¹¹ Die chinesische Revolution von 1911 hatte sich zwar in mancher Hinsicht bereits über mehrere Jahre angekündigt, sie kam trotzdem für die Zeitgenossen weitgehend überraschend. Die Qing-Regierung hatte auf der einen Seite im Jahrzehnt

nach dem Boxeraufstand mit umfassenden Reformen begonnen, auf der anderen Seite waren die ohnehin eher kläglichen Umsturzversuche seitens der sogenannten Revolutionspartei, die unter anderem von dem unermüdlichen Sun Yatsen ausgingen, ohne weitere Probleme unterdrückt worden. Trotzdem waren mannigfaltige Anzeichen für eine wachsende revolutionäre Stimmung zu registrieren.

Mit ihrem Reformprogramm schuf die Qing-Regierung in den Jahren nach dem Boxeraufstand selbst die Grundlagen für die Revolution. Unter dem Eindruck des Boxeraufstands wurde der Weg für Veränderungen bereitet, die weit über die 1898 unterdrückten „Hundert-Tage-Reformen“ hinausging. Das *Xinzheng*-Programm umfasste grundlegende Neuerungen im Bildungssystem – die klassische Ausbildung wurde vollständig abgeschafft –, der Verwaltung und der Politik bis hin zu dem systematischen Aufbau einer modernen Armee nach europäischen Vorbild. Die Gruppe der Studenten, die in dem Jahrzehnt vor der Revolution zu den eifrigsten Verfechtern des Wandels gehörten, wurde erst durch das Reformprogramm geschaffen.¹² Waren die Reformer vor 1900 noch weitgehend aus den Reihen der klassisch ausgebildeten *Gentry* gekommen, bildete sich aus den Absolventen der neu eingerichteten Schulen und Universitäten ein nicht zu unterschätzendes Protestpotential. Eines ihrer wichtigsten Themen war die Bedrohung Chinas durch die westlichen Mächte. Die Studentenbewegung radikalisierte sich mit den zunehmenden Zweifeln, ob die Qing-Regierung willens oder überhaupt in der Lage war, dieser Bedrohung zu begegnen. Besonders die Vertragshäfen wurden zu Orten der Radikalisierung. Zum einen war hier der ausländische Einfluss am deutlichsten zu spüren, zum anderen konnte sich hier unter dem Schutz der Fremden eine kritische Presse entfalten. Pamphlete gegen den Imperialismus¹³ fanden weite Verbreitung. In einer frühen „Analyse“ der imperialistischen Bedrohung wurde den westlichen Imperialisten als Ziel nicht nur die ökonomische Beherrschung Chinas, sondern die Vernichtung des chinesischen Volkes unterstellt.¹⁴ In diesen stark von sozialdarwinistischem Gedankengut durchdrungenen Aufrufen wurde ebenfalls bereits eine mandschufriendliche Haltung deutlich, nach der auch die Qing zu beseitigen wären, wenn sie sich nicht gegen die Ausländer erheben sollten. Eine der ersten großen Aktionen, die von der Studentenbewegung ausgingen, war der Boykott US-amerikanischer Waren 1905. Der Protest entzündete sich an der Verschärfung der amerikanischen Einwanderungsbestimmungen für Chinesen. Auch wenn die ökonomischen Folgen sich in Grenzen hielten, breitete sich der Boykott von Shanghai innerhalb eines Monats über ganz China aus. Umgekehrt profitierten die Studenten von der politischen Großwetterlage: Im Zusammenhang mit dem Ping-Liu-Li-Aufstand in Hunan 1906 arbeitet Esherick überzeugend heraus, dass die Studenten keine revolutionären Bewegungen hervorrufen, sondern allenfalls gewissen Einfluss auf Unruhen nehmen konnten, die aus ganz anderen Ursachen entstanden und in gewissen Maßen mit den studentischen Vorstellungen in Einklang zu bringen waren.¹⁵ Die Vertragshäfen waren neben den akademisch geprägten Verwaltungsmetropolen wie Changsha oder Wuchang Sammelpunkte für revolutionäre Gruppen, die sich hier vor staatlicher Verfolgung weitgehend sicher fühlen konnten. Das gleiche galt für die aufstrebende und kritische chinesische Presse.¹⁶ Gleichzeitig waren die Vertragshäfen Handelsorte, in denen sich traditionell Geheimgesellschaften bildeten. Sie rekrutierten

8. Das Ende der deutschen Kanonenbootpolitik in China

8.1 Schlussoffensive: Projekte deutscher Kulturpolitik am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Noch unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in China veröffentlichte die Deutsche Vereinigung Shanghai 1913 ihre „Denkschrift zur Förderung des Deutschtums in China“.¹ Die Deutschen Vereinigungen in Hankou und Kanton, der Verein zur Förderung des Deutschtums in Jinan², die Redaktion des *Ostasiatischen Lloyd* und zahlreiche Einzelpersonen hatten die Herausgabe dieser Denkschrift unterstützt. In der Denkschrift skizzierten die Autoren zunächst den Umschwung in China, um direkt zu der „Wichtigkeit des chinesischen Marktes“ überzugehen: Dieses „größte, noch nicht vergebene Absatzgebiet der Erde“ finde in Deutschland noch viel zu geringes Interesse, es bedeute „für die breiteren Schichten des deutschen Volkes noch nicht mehr als ein im Fernen Osten liegendes interessantes Land“. Dabei könne Deutschland in Zukunft nicht ohne den chinesischen Markt auskommen.³ Alarmierend wiesen die Autoren darauf hin, dass es für eine Aufnahme des Kampfes um den chinesischen Markt möglicherweise schon zu spät sei, und hoben die Vorteile und Leistungen „unserer Gegner“ auf den verschiedensten Gebieten hervor, vor allem auf den Gebieten der Schul- und Kulturpolitik.⁴ Die Deutschen hingegen hätten sich „durch den Ansturm des Angelsachsentums und der Japaner in den Hintergrund“ drängen lassen. Es sei aber durchaus nicht zu spät, die Initiative zu ergreifen. Die Denkschrift beinhaltete weiter ein umfassendes Programm der Mittel, „den chinesischen Markt zu erobern.“⁵ Dazu gehörte eine komplette Reorganisation des diplomatischen und konsularischen Dienstes in China, der zukünftig eine eigene Gruppe des Auswärtigen Amtes bilden sollte, die Einrichtung einer gesonderten Industriebank, um dem Kapitalmangel für deutsche Investitionen abzuhelpfen, aber im besonderen die Förderung der Verbreitung der deutschen Sprache durch die Einrichtung von Schulen, stärkere Förderung des Missionsschulwesens und schließlich die Verankerung deutschen Sprachunterrichts an chinesischen Hochschulen. Dazu sollten Museen und Industrieausstellungen für deutsche Produkte werben und schließlich eine stärkere Einflussnahme auf die chinesische Presse ein positiveres Bild von Deutschland vermitteln helfen. Für diese deutsche Kulturoffensive wurden Investitionen von über fünf Millionen Mark und jährliche Kosten von über 3,5 Millionen Mark veranschlagt. Das Geld sollte über die Gründung eines deutschen „Auslands-Kulturvereins“, bei dem man als Vorbild den Flottenverein ins Auge fasste, sowie durch die Verwendung von Teilen der chinesischen Entschädigung in Folge des Boxeraufstands aufgebracht werden.⁶ Die Denkschrift schloss mit einem Appell, dass jetzt „wahrscheinlich zum letztenmal [...] die Gelegenheit gegeben“ sei, Deutschland in China zu einer Macht ersten Ranges zu machen. Die letzten Sätze knüpften direkt an das Bülow'sche Diktum zur Weltpolitik an:

„Die oft gehörte Klage, daß die Welt schon vergeben und wir zu spät gekommen seien, ist in wirtschaftlicher Beziehung jedenfalls nicht richtig. Neuland können wir aber nur dann gewinnen, wenn wir die Wirkungsmöglichkeiten klar erkennen und unsere Kraft daran setzen sie auszunutzen. „Unsere Macht ist das Maß unserer Pflicht.““

Es hatte auch in den vorangegangenen Jahren nicht an Stimmen gefehlt, die einen stärkeren Einfluss Deutschlands in China befürworteten.⁸ Der ehemalige Shanghaier Konsul Wilhelm Knappe hatte bereits 1907 angemahnt, „Deutschland, den Deutschen und dem deutschen Wesen den ihnen gebührenden Anteil am Einfluß auf die chinesische Bildungsreform zu sichern“, und auch die Bedeutung des ausländischen Schulwesens in China erwähnt.⁹ Auch ein Autor der *Deutschen Kolonialzeitung* hatte auf die „Möglichkeiten der Machterweiterung durch das Mittel wissenschaftlicher Hilfsarbeit“ hingewiesen.¹⁰ Besonders der prominente Journalist Paul Rohrbach hatte sich für einen verstärkten deutschen Kultureinfluss in China stark gemacht. Anfang 1910 hatte er vor den Erfolgen der „angelsächsischen Kulturpropaganda in China“ gewarnt und beklagt, dass von deutscher Seite bislang nur das Reichsmarineamt mit der Gründung der deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau die Initiative ergriffen habe, „der intensiven angelsächsischen Aktion in China auch von unserer Seite eine wirkliche Tat zur Seite zu stellen.“¹¹ Rohrbach hatte allen Grund, gerade die Rolle des Reichsmarineamts hervorzuheben, noch im gleichen Jahr durfte er diese Ideen im Saal des Amtes vortragen – mit Unterstützung der Gattin des Amtschefs.¹² Auch dem Kreuzergeschwader war das Thema nicht entgangen, Konteradmiral Gühler hatte im Dezember 1910 die vorherrschende Stellung der Briten und ihrer Sprache beklagt. Von deutscher Seite passiere zu wenig, als positives Beispiels konnte er lediglich die Gründung der *Xiehebao* [im Original: „Hsieh-ho-pao“], einer deutschen Zeitung auf Chinesisch als Ableger des *Ostasiatischen Lloyd*, erwähnen. Gühler wies ebenfalls auf die wichtige Rolle deutscher Schulen in China und der Ausbildung von Chinesen in Deutschland hin, ging aber noch einen Schritt weiter: Deutsche Kaufleute sollten nur noch deutschsprachige Chinesen einstellen.¹³

Eine weitere Initiative in dieser Richtung war der Shanghaier Denkschrift noch vorausgegangen: das „Deutschlandbuch für Chinesen“.¹⁴ Initiator war der Referendar und Dolmetschereleve beim Gouvernement Kiautschou F. W. Mohr, der in seinem Schreiben an das Reichsmarineamt im August 1912 im Vorgriff auf die Denkschrift die gegenwärtige Lage als „letzte Mahnung zu energischer Initiative“ sah, um eine „umfassende Propaganda für Deutschlands kulturelle Bedeutung, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, seine militärische Macht“ in Gang zu setzen.¹⁵ Mohr schwebte eine umfassende Propagandaschrift auf Chinesisch vor, die in einer Auflage von 20-30.000 Exemplaren herausgebracht und in allen chinesischen Provinzen verteilt werden sollte, „sodass alle massgebenden chinesischen Kreise in ihm ein *authentisches Informationswerk über Deutschland* erhalten [Hervorhebung im Original]“.¹⁶ Mohr kalkulierte, dass das Buch „durch die Hände von rund 800.000 bis 1.000.000 gebildeten Chinesen gehen und so seiner Aufgabe in weitgehendstem Masse gerecht werden wird“. Mohr konnte bereits auf die Unterstützung des Gouverneurs von Kiautschou, Meyer-Waldeck, und mehrerer deutscher Firmen in China verweisen und hatte auch mit Paul Rohrbach und diversen Dozenten der Deutsch-Chinesischen Hochschule in Tsingtau